



**Dr. Norbert Lammert**  
*Präsident des Deutschen Bundestages*

**„Verfassungspatriotismus und Leitkultur – Bindungen und Belastungen einer modernen Gesellschaft“**

Ich weiß nicht, ob eine politische Karriere als gänzlich gescheitert gelten muss, wenn sie über viele Jahre hinweg und in unterschiedlichen Ämtern und Funktionen nie in den Hamburger Übersee-Club geführt hätte. Jedenfalls lassen sich gelegentliche Zweifel an den Spuren des eigenen Wirkens kaum wirkungsvoller ausräumen als durch die Einbildung, nun endlich habe man sich eingereiht in die Phalanx der Kanzler und Präsidenten, Nobelpreisträger, Wissenschaftler und Künstler, die dieser stolze Club über Jahrzehnte hinweg bei seinen Veranstaltungen dabei hatte.

Zuerst muss ich der Versuchung tapfer widerstehen, einen Kurzkommentar zu der liebenswürdigen Kurzbiografie abzugeben, die Sie gerade von mir vorgetragen haben, aber mindestens eine Bemerkung will ich mir nicht verkneifen. Sie haben vermutet, ich würde mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass sich – wenn auch rund 15 Jahre später – eine Reihe der Vorschläge und dringenden Empfehlungen, die ich in meiner Amtszeit als Parlamentarischer Staatssekretär im Bildungs- und Wissenschaftsministerium zum Reformbedarf unseres Bildungssystems gemacht habe, nun tatsächlich zu realisieren scheint. Das ist gut gemeint, verkennt aber mein Temperament. Mich nervt entsetzlich, wie lange wir hierzulande brauchen, um längst vorhandene Einsichten in unvermeidliche Veränderungen umzusetzen.

Und beinahe wäre ich jetzt versucht zu sagen, das wäre ja noch erträglich, wenn es nur beim Bildungssystem so wäre, wo es selbstverständlich am wenigsten erträglich ist, aber die Wahrheit ist, dass es fast zu einem festen Bestandteil unserer Mentalität zu gehören scheint, dass der Groschen außerordentlich langsam fällt.

Als mich über Herrn Prof. Brehler die erste Anfrage für einen möglichen Auftritt in Ihrem Club erreichte, das war, wie ich noch mal nachgeprüft habe, im Februar vergangenen Jahres, haben wir alle miteinander nicht gewusst, nicht geahnt, dass dieser Termin ziemlich genau auf der Hälfte der Strecke zwischen zwei bedeutenden politischen Ereignissen liegen würde, die beide nicht nur mit deutscher Beteiligung, sondern unter deutscher Präsidentschaft mehr oder weniger nachhaltige Wirkungen für die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und darüber hinaus haben könnten und eigentlich auch sollten: das G-8-Gipfeltreffen in Heiligendamm und der bevorstehende EU-Gipfel in Brüssel. Ich habe eine ziemlich ausgeprägte Vermutung, wie eine Kampfabstimmung ausfallen würde, wenn ich nun zur Wahl stellen würde, ob ich über das angekündigte Thema oder die Implikationen reden soll, die sich aus den erhofften und den tatsächlichen Ergebnissen dieser beiden Gipfeltreffen ergeben. Aber nicht nur wegen der Selbstverständlichkeit, zu einem angekündigten Thema dann auch Stellung nehmen zu sollen, sondern auch mit der heimlichen Spekulation, dass man ja zu einem anderen Thema vielleicht später noch mal eingeladen werden könnte, will ich jedenfalls zunächst mal mich auf das beziehen, was für den heutigen Abend angekündigt war. Allerdings will

ich zwischen dem einen und dem anderen Thema einen nicht nur artifiziellen Zusammenhang herstellen, von dem ich persönlich im Übrigen den Eindruck habe, dass er noch zu wenig im öffentlichen Bewusstsein ist. Wir haben gerade vor wenigen Wochen das 50-jährige Jubiläum der römischen Verträge in einer eindrucksvollen Veranstaltung in Berlin gefeiert. Bei solchen Gelegenheiten wird bisweilen deutlich, dass wir uns längst angewöhnt haben, inzwischen für selbstverständlich zu halten, was wir vor 50 Jahren alle miteinander für ausgeschlossen gehalten hätten. Weder wäre damals unstreitig sicher gewesen, dass diese Gemeinschaft von sechs Mitgliedsstaaten überhaupt ihren 50. Geburtstag erleben würde, noch hätte irgendjemand für realistisch gehalten, dass sie ihr 50-jähriges Jubiläum mit 27 Mitgliedsstaaten aus West- und Mittel- und Ost-Europa begehen könnte und längst nicht mehr als Wirtschaftsgemeinschaft, sondern als politische Union. Eine Reihe der Probleme, die wir jetzt haben, haben wir nur deshalb, weil es diese erstaunliche Erfolgsgeschichte gegeben hat, deren eigentliche Bedeutung übrigens erst im Kontext einer jahrtausendealten europäischen Geschichte deutlich wird, die vergleichbar lange und vermutlich nachhaltige Phasen ökonomischen Fortschritts und politischen Friedens nicht gekannt hat.

Der Zusammenhang zwischen dem angekündigten und diesem Thema besteht in einer aus meiner Sicht dringlichen Frage, die sich in den vergangenen 50 Jahren aus mancherlei Gründen nicht oder jedenfalls nicht besonders dringlich gestellt hat, deren Vertagung aber nicht beliebig lange möglich bleibt. Die Beantwortung der Frage nämlich, ob Europa eigentlich Grenzen hat. Und wenn ja, wo die denn wohl verlaufen? Die erste Frage ist relativ leicht zu beantworten. Manches spricht für die Vermutung, dass auch Europa nicht grenzenlos ist. Aber die Frage, wo denn diese Grenzen genau gezogen werden sollen, nachdem die Grenze, die alle für künstlich gehalten haben, nun endlich weggeflogen ist, ist alles andere als eindeutig zu beantworten. Es gibt keine natürlichen Grenzen, die – auch mit Blick auf die potenziellen Erweiterungen – die politische Entscheidung abnehmen könnten. Gerade deshalb ist sie nicht beliebig vertagbar. Wenige Tage vor dem europäischen Gipfel und den dort stattfindenden Verhandlungen um eine erneuerte Vertragsgrundlage der Europäischen Gemeinschaft machen wir einmal mehr die handfeste Erfahrung, dass die Handlungsfähigkeit einer solchen Gemeinschaft nicht mit der Zahl ihrer Teilnehmer wächst, sondern wenn überhaupt ein umgekehrt proportionaler Zusammenhang besteht. Wenn aber diese Frage beantwortet werden muss, dann setzt sie vorab die Klärung der Kriterien voraus, unter denen eine solche Frage sinnvoll, rational, nicht willkürlich, auch nicht mit allzu engem tagesaktuelllem Blickwinkel beantwortet werden muss. Und da bieten sich aus meiner Sicht, idealtypisch formuliert, drei Alternativen an. Ein Europa, das sich über sich selbst verständigt, kann sich verständigen auf die Vorstellung von Europa als einer politischen Organisation, despektierlich formuliert, als einer Bürokratie. Der Charme dieser Vorstellung hält sich in engen Grenzen, selbst unter den Gründungsmitgliedern der Gemeinschaft, selbst unter den tapfersten Europäern löst diese Vorstellung nur noch begrenzte Motivationswirkung aus. Die zweite, sicher ernster zu nehmende Alternative ist die Vorstellung von Europa als einem großen gemeinsamen Markt, der auch und gerade in Zeiten der Globalisierung als relevanter Mitspieler auf internationalen Märkten unterwegs ist. Der zweite Blick auf diese durchaus sympathische Vorstellung führt, wie ich glaube, zu der unübersehbaren Einsicht, dass auch dies als Kriterium für eine Grenzziehung einer europäischen Gemeinschaft nicht taugt. Es gibt fast keinen Platz mehr, keinen Punkt mehr auf der Erde, an dem wir

nicht ökonomische Interessen hätten. In Hamburg muss ich das nicht mal erklären. Und wenn es als mögliches Kriterium nicht um die schiere Existenz von nahezu beliebig vielen Plätzen ökonomischen Interesses auf dem Globus ginge, sondern um die Intensität der wirtschaftlichen Handelsbeziehungen, dann müssten China, Indien und Japan allemal früher Mitglieder dieser europäischen Gemeinschaft werden als Kroatien, die Ukraine, Moldawien oder Georgien.

Es gibt nach meiner festen Überzeugung nur ein Kriterium, das als Selbstverständnis Europas auch die Grundlage für eine vernünftige Definition ihrer eigenen Grenzen sein könnte. Und es ist das Verständnis von Europa als einer großen Idee. Das Verständnis von Europa als einer bedeutenden Kultur, einer Zivilisation, die die Länder auf diesem Kontinent bei höchst unterschiedlichen nationalstaatlichen Konfigurationen über Jahrhunderte geprägt hat. Und es spricht aus meiner Sicht im Ergebnis jedenfalls wesentlich mehr für als gegen die natürlich mögliche Überlegung, dass die Zugehörigkeit zu dieser europäischen Kultur das Kriterium für die Grenzziehung einer Europäischen Gemeinschaft sein könnte. Da diese Debatte nicht mal ernsthaft begonnen hat, kann und muss sie heute Abend auch nicht per Zuruf beendet werden. Ich hoffe, dass der Hinweis mindestens für hinreichend begründet gehalten wird, um mehr zu sein als die umständliche Einleitung zum eigentlichen Thema, bei dem es nun allerdings um Kultur geht, um Werte, um Orientierung, um Überzeugungen, die in einer Gesellschaft Bedeutung beanspruchen.

Meine Damen und Herren, folgt man neueren Untersuchungen und dem beachtlichen Erfolg aktueller Publikationen, dann haben Werte in unserer Gesellschaft seit einiger Zeit eine beachtliche neue Konjunktur.

„Im Trend liegt, wer nach Werten ruft“, schreibt Peter Hahne in seinem longtime Bestseller „Schluss mit lustig“. Die letzten drei Bundespräsidenten, Roman Herzog, Johannes Rau und Horst Köhler, haben übereinstimmend für eine Wiederentdeckung von Werten geworben. Selbst Entertainer wie Thomas Gottschalk beklagen: „Die Werte sind völlig verrutscht“, was immer er damit auch im Auge haben mag. Dennoch ist die Debatte über kulturelle Grundlagen und Ansprüche unserer Gesellschaft offensichtlich leichter zu verweigern als zu führen. Dies erklärt fast hinreichend, warum sie jahrelang nicht stattgefunden hat. Von den einen nicht, weil man es nicht für dringlich gehalten hat, und von den anderen nicht, weil man die Befassung mit genau diesem Thema mit welchen Motiven auch immer für unerwünscht und kontraproduktiv hielt, für verstaubt und eher nostalgisch allemal, jenseits der vermeintlich wirklichen Herausforderungen unserer Gesellschaft.

Der Versuch, eine solche Debatte in Gang zu setzen, stößt auf eine Reihe von Hürden und Hindernissen. Nicht die unwesentlichste dieser Hürden ist die Schwierigkeit, sich auf einen Begriff zu einigen, der das, worum es geht, völlig unmissverständlich zum Ausdruck bringt. Patriotismus ist das eine Angebot, Leitkultur ist ein anderes. Nun gibt es zweifellos Begriffe, die zur Verdeutlichung des Gemeinten eher ungeeignet sind, ohne die aber nicht einmal die Debatte zustande käme, die zur Klärung von Auffassungen und Absichten dringend geführt werden muss. Der Begriff Leitkultur gehört ganz offenkundig zu dieser Kategorie von Begriffen. Er ist missverständlich, er ist erkläruungsbedürftig, er wirkt auf viele provozierend, und er erschwert insofern die Diskussion, die er eigentlich befördern möchte. Dabei geht es nach meinem Verständnis im Kern nicht nur um die Frage, was unsere Gesellschaft im Inneren zusammenhält, sondern auch darum, ob und wie dieser Zusammenhalt, und von wem eigentlich, gewährt, gepflegt und gefördert wird. Dazu will ich 10 Bemerkungen machen, die das Thema natürlich

nicht abschließend behandeln, aber die vielleicht einige der Aspekte verdeutlichen, die in diesem Zusammenhang jedenfalls Beachtung verdienen.

Die erste Bemerkung betrifft die sehr ernst zu nehmende Frage, ob es in einer liberalen Gesellschaft überhaupt so etwas wie eine Leitkultur geben kann oder geben darf. Ob unter den Bedingungen der Liberalität einer modernen Gesellschaft so etwas wie Leitkultur überhaupt gebraucht würde oder umgekehrt besser nicht einmal toleriert werden dürfe. Über diese Frage kann und muss man streiten. Aber, meine Damen und Herren, dieser Streit muss mindestens sein. Die Frage ist ja alles andere als belanglos. Und die eine wie die andere mögliche Beantwortung dieser Frage hat jeweils Folgen. Und deswegen meine erste Bemerkung zum Thema. Für mich ist das Beste an dieser Debatte, dass sie endlich stattfindet. Und dass sich inzwischen erstaunlicherweise Leute beeilen, an dieser Debatte beteiligt zu sein, die noch vor wenigen Monaten die völlige Unsinnigkeit und Überflüssigkeit einer solchen Debatte lauthals verkündet haben.

2. Der Begriff Leitkultur schleppt mindestens zwei ganz unterschiedliche Verständnisse oder Postulate mit sich, die man dringend auseinanderhalten muss. Das eine ist der mögliche Anspruch einer Kultur auf Überlegenheit gegenüber einer anderen Kultur oder gar gegenüber allen anderen Kulturen. Die andere mögliche Vorstellung von Leitkultur ist der Anspruch auf Geltung ihrer Werte und Orientierungen in einer konkreten Gesellschaft. Das sind zwei ganz unterschiedliche Sachverhalte, die vielleicht was miteinander zu tun haben, aber keineswegs dasselbe sind. Was das Verhältnis von Kulturen zueinander angeht, scheint mir ein Dominanzanspruch unserer Kultur gegenüber anderen geradezu absurd. Mindestens unangemessen. Die großen Kulturen der Menschheitsgeschichte lassen sich mühelos in eine zeitliche Reihenfolge bringen. Sie in eine Rangfolge bringen zu wollen, halte ich für ebenso arrogant wie hoffnungslos. Von diesem möglichen, aus meiner Sicht aber nicht begründbaren Dominanzanspruch einer Kultur gegenüber anderen muss man die Frage ihres Geltungsanspruchs in konkreten Gesellschaften trennen. Für eine konkrete Gesellschaft scheint mir der Geltungsanspruch einer bestimmten Kultur, also der ihr zugrunde liegenden und von ihr reproduzierten Überzeugungen und Orientierungen, völlig unverzichtbar. Und ich will hinzufügen, nach meinem Verständnis ist diese Geltung von in einer Kultur entwickelten Orientierungen und Prinzipien auch die eigentliche Substanz der Staatsangehörigkeit, deren Erwerb nicht Vorleistung für Integration sein kann, sondern Ausdruck für stattgefundene Integration in eine Kultur.

3. Bemerkung: Jede Gesellschaft, auch gerade jede moderne Gesellschaft braucht einen Mindestbestand an gemeinsamen Werten, Überzeugungen und Orientierungen, ohne die sie ihre innere Konsistenz nicht bewahren und die politische Legitimation für den Geltungsanspruch ihrer Regeln, ihrer Normen, ihrer Gesetze, ihrer Entscheidungen nicht aufrechterhalten kann. Hier geht es überhaupt nicht um ein theoretisches, sondern um ein sehr praktisches Problem säkularer Gesellschaften: aus der Errungenschaft der Emanzipation von zugemuteten Verbindlichkeiten nicht vorschnell die Beliebigkeit als einzige zulässige Gestaltung der Rahmenbedingungen einer freiheitlichen Gesellschaft herleiten zu wollen.

Jürgen Habermas hat vor ein paar Jahren in genau diesem Zusammenhang von der „Gefahr einer entgleisenden Modernisierung der Gesellschaft“ gesprochen, die jene Art von Solidarität auszehren könne, auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen sei. Das ist eine neue Formulierung der alten Einsicht, die

schon in den 60er-Jahren auf die berühmte Frage des damaligen Bundesverfassungsrichters Ernst Wolfgang Bokenförde, ob der demokratische Staat die Voraussetzungen, auf denen er beruhe, selber schaffen könne, mit dem Hinweis geantwortet hat: Nein, er kann sie selber nicht schaffen, aber sobald es sie nicht mehr gibt, erodiert der Boden, auf dem das Gerüst einer solchen Verfassung steht. Deswegen hat es eine gewisse Schlüssigkeit, wenn nun 40 Jahre später ein Mann wie Jürgen Habermas seinerseits formuliert, „so liegt es auch im eigenen Interesse des Verfassungsstaates, mit allen den kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normenbewusstsein und die Solidarität der Bürger speist“.

4. Bemerkung: Ohne ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit erträgt eine Gesellschaft auch keine Vielfalt. Dieser letzte Zusammenhang scheint mir inzwischen besonders evident. Es ist gleichzeitig der Zusammenhang, den diese Gesellschaft am längsten mit großer Energie verdrängt hat, dass nämlich zwischen der Fähigkeit zur Gemeinsamkeit und der Fähigkeit zur Vielfalt ein Kausalzusammenhang besteht. Der Bedarf an Verbindlichkeiten, „Ligaturen“, wie das Ralf Dahrendorf vor vielen Jahren schon einmal formuliert hat, der Bedarf an Verbindlichkeiten ist in liberalen Gesellschaften eher größer als in autoritären. Der Konsens über die Bedingungen der Dialoge und über die Bedingungen für das Zustandekommen von Entscheidungen, von Verbindlichkeiten, insbesondere von für alle verbindlichen Entscheidungen, ist die Voraussetzung der Konfliktfähigkeit einer Gesellschaft, die ihrerseits wiederum Voraussetzung der Möglichkeit von Freiheit ist. Das Freiheitsversprechen einer modernen Gesellschaft steht und fällt mit ihrer Fähigkeit, Konflikte aushalten zu können. Eine freie Gesellschaft kann nie eine konfliktfreie Gesellschaft sein. Mit der Entscheidung zur Freiheit hat sie die Unvermeidlichkeit von Konflikten eingeräumt, die sie sich nur erlauben kann, wenn es Konsens über die Bedingungen gibt, unter denen solche Konflikte auszutragen sind. Nur autoritäre Regime brauchen keinen Konsens. Sie ersetzen durch Kommandos, was an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen in der Gesellschaft entweder nicht vorhanden oder nicht erwünscht ist.

5. Spätestens in diesem Zusammenhang erfolgt regelmäßig der Hinweis auf unsere Verfassung. In ihr sei doch nun all das aufgelistet und insofern unmissverständlich formuliert, was in unserer Gesellschaft Geltung habe. Dieser Hinweis, meine Damen und Herren, ist ebenso richtig wie irreführend. Verfassungen sind kein Ersatz, sondern der Ausdruck der Kultur einer Gesellschaft. Verfassungen setzen in Rechtsansprüche um, was in einer Gesellschaft an Überzeugungen gewachsen ist. Mit Aussicht auf Erfolg können Verfassungen nichts anderes formulieren und regulieren als in der Gesellschaft gewachsene, entstandene, begründete, tradierte Orientierungen und Überzeugungen. Verfassungen geben Auskunft über die Erfahrungen, die ein Land mit sich selbst gemacht hat. Über die Einsichten, die über Generationen entstanden und vermittelt, die Orientierungen und Überzeugungen, die über Jahrzehnte gewachsen und weitergegeben worden sind. Ohne diese kulturellen Wurzeln erodiert jede Verfassung. Nicht Politik hält eine Gesellschaft zusammen, sondern Kultur. Es sind weniger die juristisch verbindlichen Texte, sondern die rechtlich diffusen, geschriebenen und ungeschriebenen Werte, Normen und Orientierungen, die eine Gesellschaft zusammenhalten – so lange, wie es sie gibt.

6. Wir Deutsche tun uns aus vielen bekannten Gründen sehr viel schwerer als alle unsere Nachbarn, was das Verhältnis zum eigenen Land angeht. In diesen Tagen erscheint ein Buch des Spiegel-Kultur-Chefs Matthias Matussek mit dem schönen knappen Titel „Wir Deutschen“,

in dem er – wie ich finde – gut beobachtet schreibt, die Deutschen seien Jahrzehntelang „die Analphabeten des nationalen Gefühls gewesen“. Das ist frech formuliert, aber gut beobachtet. Für Franzosen wie Briten, Polen wie Ungarn, Spanier wie Italiener gibt es überhaupt keinen Zugang zu Europa ohne die Vermittlung des Nationalstaates. Sie sind stolz auf ihre Nationen, die sie in eine europäische Gemeinschaft einbringen, aber ganz sicher nicht in ihr aufgehen lassen wollen. Nicht mehr und nicht weniger erwarten sie übrigens auch von ihren deutschen Nachbarn, und immer mehr Deutsche erwarten es auch von ihrem eigenen Land.

Es ist jetzt genau ein Jahr her, seit ein so unscheinbares und zugleich bedeutendes Ereignis wie die Fußballweltmeisterschaft dieses Land in eine buchstäblich neue mentale Verfassung gesetzt hat. Der fröhliche und zugleich weltoffene Patriotismus, mit dem sich da vier, fünf Wochen lang Deutschland dargestellt hat, hat vielen unserer Nachbarn und darüber hinaus ein völlig neues Bild der Deutschen vermittelt und nach meinem Eindruck vielen Deutschen von sich selbst auch. Bis zu Beginn des Eröffnungsspiels hätten sich die meisten nicht vorstellen können, mit Nationalflaggen am eigenen Auto durch die Gegend zu fahren, sie gar ins eigene Fenster zu hängen. Manche hängen übrigens immer noch. Einzelne sind inzwischen sogar ausgewechselt – nicht das wichtigste, aber auch kein völlig belangloses Indiz dafür, dass wir hier mit mehr zu tun haben als einem Vierwochenparty-Phänomen. Ich glaube, dass hier, was naturgemäß auch mit der Abfolge der Generationen zu tun hat, ein Normalisierungsprozess zum Ausdruck kommt, der die Vermutung bestätigt, dass das vitale Bedürfnis, sich mit dem eigenen Land zu identifizieren, in Deutschland nicht prinzipiell anders entwickelt ist als in anderen zivilisierten Ländern dieser Welt auch. Und dass im Übrigen der aufrechte Gang, mit dem wir durch unsere außergewöhnlich komplizierte jüngere Geschichte und ihre Aufarbeitung gegangen sind, uns jedenfalls nicht weniger Legitimation als anderen gibt, uns zu diesem Land, seinen Verirrungen, aber auch seinen bemerkenswerten Errungenschaften offensiv zu bekennen. Insofern – um Matussek zu paraphrasieren – ist dieser wiederentdeckte, ganz unprätentiöse, nicht abgrenzende und ausgrenzende, sondern weltoffene Patriotismus vielleicht auch eine Form der Alphabetisierung dieser Gesellschaft.

7. Bemerkung: Die wichtigsten, jedenfalls wirksamsten Faktoren und Agenturen der Bildung und Vermittlung von Werten in einer Gesellschaft sind die Religionen. Dass das so ist, völlig unabhängig von der eigenen Orientierung und Zugehörigkeit, ist ein schwer zu übersehender objektiver Befund. Ausgerechnet Jürgen Habermas, der sich ja gerne als „religiös-unmusikalischen Menschen“ kennzeichnet, weist mit diesem Hinweis besonders hartnäckig auf die zentrale Bedeutung von Religionen als sinnstiftende und wertegenerierende Agenturen einer Gesellschaft. Dass er den Zusammenhang anders formuliert als Theologen, ist nicht zu beanstanden. Die Frage, ob Religionen für diese Funktion der Bildung und Vermittlung von Werten, von Orientierungen einer Gesellschaft einen Exklusivanspruch erheben wollen und dürfen und ob sie einen solchen Exklusivanspruch gegebenenfalls auch durchsetzen können, unterscheidet sie historisch und im aktuellen Vergleich ganz wesentlich voneinander. Ich glaube, wir haben Anlass, uns mit zwei weltweit zu beobachtenden Übertreibungen auseinanderzusetzen mit Blick auf die Rolle der Religionen, die ich beide nicht für Errungenschaften, sondern für Verirrungen halte. Das eine ist die Anmaßung, religiöse Glaubensüberzeugungen mit fundamentalistischem Eifer zugleich zu unmittelbar geltendem staatlichem Recht zu erklären. Und die andere Übertreibung ist die Leichtfertigkeit, religiöse Überzeugung für irrele-

vant, für überholt, für belanglos, für unbedeutend zu erklären. Der zweite Irrtum ist nicht weniger gefährlich als der erste. Er ist in unserem Kulturreis zweifellos wesentlich weiter verbreitet als der andere, der sich gegenwärtig als ein beinahe globaler Trend entfaltet. Wobei es übrigens ein Thema für sich wäre, die absehbaren Folgen der Parallelität dieser beiden Entwicklungen etwas genauer in den Blick zu nehmen.

8. Bemerkung: Multikulturalität ist eine zutreffende Beschreibung des Erscheinungsbildes, nicht aber ein Konzept zur Selbstvergewisserung und Selbststabilisierung einer modernen Gesellschaft. Dass diese Gesellschaft multikulturell ist, scheint mir als Tatsachenbeschreibung schwer bestreitbar zu sein. Dass die Multikulturalität im Sinne einer Vorstellung der Gleich-Gültigkeit aller Werte und Orientierungen das Selbstverständnis dieser Gesellschaft sein könne, scheint mir eine bestenfalls gut gemeinte Verirrung. Kurt Biedenkopf hat vor vielen Jahren in einem Interview in diesem Kontext gesagt, „wenn eine Gesellschaft multikulturell sein und zugleich ihre Identität nicht verlieren will, dann braucht sie einen gemeinsamen roten Faden, eben eine Leitkultur“. Soweit dieser Mindestbestand an gemeinsamen Orientierungen und Überzeugungen kanonisierungsbedürftig und überhaupt kanonisierbar ist, muss dieser Kanon nach meiner Überzeugung als ein kontinuierlicher reflexiver Diskurs organisiert werden unter allen Bürgerinnen und Bürgern einer Gesellschaft, den Einheimischen wie den Zuwanderern.

Und ohne jeden Anflug von Polemik will ich zur Erläuterung meiner Zuversicht, dass der Groschen inzwischen wirklich fällt, eine bemerkenswerte Äußerung einer real existierenden Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag zu diesem Zusammenhang zitieren, was die Unverzichtbarkeit der Verbindlichkeit von Werten und Normen betrifft, die dieser Verfassung zugrunde liegen. Renate Künast hat vor ein paar Monaten in einem Interview erklärt, „wir müssen darüber ernsthaft mit unseren muslimischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen reden. Dabei kann es nicht ergebnisoffen zugehen.“ Mit dem zweiten Satz hätte sie noch vor zwei Jahren keinen grünen Parteitag überlebt.

9. Bemerkung: Für mich ganz persönlich ist der harte Kern unserer Kultur, der westlichen Zivilisation, die einzigartige Verbindung von Glaube und Vernunft. Diese Verbindung hat es, wenn ich das richtig beurteile, mit der wechselseitigen Begründung des einen für das andere und der wechselseitigen Relativierung weder vorher jemals gegeben noch gibt es sie anderswo in ähnlicher Weise. Nirgendwo ist im übrigen dieser wechselseitige Bezug mit den sich daraus ergebenden wechselseitigen Begründungen und Rechtfertigungslasten prägnanter formuliert worden als in dem denkwürdigen Dialog zwischen Jürgen Habermas und Joseph Ratzinger, der Anfang 2004 in der katholischen Akademie in München stattgefunden hat und inzwischen unter dem Titel „Dialektik der Säkularisierung“ publiziert worden ist. Für jeden, der sich für das Thema interessiert, gibt es keine bessere, keine knappere, keine intellektuell anspruchsvollere Beschreibung des Anliegens, um das es geht, und der Einsichten, die in diesem Zusammenhang wieder freizulegen sind. Dass im Übrigen der Dialog zwischen diesen beiden Geistesgrößen, die sich übrigens bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal persönlich begegnet sind, sowohl den Jürgen-Habermas-Fan-Club wie den Joseph-Kardinal-Ratzinger-Fan-Club bis heute nachhaltig irritiert hat, spricht für die Rücksichtslosigkeit im besten intellektuellen Sinne des Wortes der hier jeweils formulierten Einsichten.

10. Bemerkung: Ein entscheidendes Merkmal, vielleicht das Gütesiegel unserer Kultur ist der Zweifel. Seit der Aufklärung steht hinter jedem Anspruch auf absolute Wahrheiten nicht mehr ein Punkt, sondern das Fragezeichen. Und jede Behauptung, einen Sachverhalt

abschließend begriffen zu haben, um ihn mit dieser Begründung ein für allemal festlegen zu können, muss sich mit diesem Zweifel auseinander setzen. Auch deshalb und gerade deshalb ist für mich diese Verbindung von Vernunft und Glaube, von Einsichten und Orientierungen, von Erkenntnissen und Überzeugungen als korrespondierende Prinzipien individuellen Handelns und im Übrigen auch staatlichen Handelns der eigentliche, unaufgebbare, aber keineswegs ein für allemal gesicherte Fortschritt unserer Zivilisation. Unter welchen Begriff man das dann fassen will, ist mir beinahe egal. Mich beruhigt außerordentlich, dass diese Debatte in den letzten Monaten, seitdem sie endlich stattfindet, den Konsens in der Sache erstaunlicherweise stetig vergrößert. Nur auf den passenden Begriff dafür können wir uns nicht einigen. Damit, meine Damen und Herren, kann ich gut leben, jedenfalls wesentlich besser als umgekehrt mit der Verständigung auf einen bequemen Begriff ohne Klärung der Sache.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. ■